



Stellungnahme und Forderungen zur Medienbildung in Berlin

Landesgruppe Berlin-Brandenburg der GMK - Gesellschaft für
Medienpädagogik und Kommunikationskultur

Stand 15.08.2021

Ansprechpartner*innen/Sprecher*innen GMK-Landesgruppe:

Dr. Guido Bröckling (guido.broeckling@jff.de)

Susanne Schmitt (schmitt@youngimages.de)

I. Stellungnahme zur Medienbildung in Berlin

Bereits vor den Wahlen in Berlin 2016 haben wir in einer gemeinsamen Stellungnahme mit der LAG Medienarbeit Berlin und der AG Medienbildung der GEW Berlin, in Wahlprüfsteinen und einer lebendigen Diskussion unseren Forderungen nach einer zukunftsgerechten und nachhaltigen Verankerung von Medienbildung in den Strukturen der Berliner Bildungslandschaft Ausdruck verliehen.¹ Die Entwicklungen, die wir seither in Berlin beobachten, geben Anlass zur Hoffnung. Sie zeigen aber auch, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben, einen ganzheitlichen Ansatz von Medienbildung im Zusammenspiel schulischer und außerschulische Akteur*innen im Land Berlin fest zu verankern. Diesen Weg möchten wir als Vertreter*innen der GMK-Landesgruppe weiterhin konstruktiv begleiten und gemeinsam mit anderen Fachverbänden und medien- und bildungspolitischen Akteur*innen aktiv gestalten.

Schulische und außerschulische Medienbildung

Die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ von 2016² initiierte einen notwendigen Transformationsprozess der Bildung, der im OECD Lernkompass 2030³ aus einer wirtschaftsnahen Perspektive wieder aufgenommen wurde. Dieser macht deutlich, dass der Prozess schneller und effizienter organisiert und realisiert werden muss, um Lehren und Lernen in formalen Bildungskontexten ebenso zu erneuern, wie die außerschulische Jugendmedienbildung, nicht nur in Berlin. Letztlich kann nur so eine Bildungslandschaft gestaltet werden, in der Talente und Potentiale aller Kinder und Jugendlichen individuell gefördert und eine zukunftsweisende, kooperative und digitale, Bildung im Sinne der Zielgruppen unterstützt wird, um Kinder und Jugendliche angemessen auf das Leben in der derzeitigen und künftigen Gesellschaft vorzubereiten und zu einer aktiven und verantwortlichen Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und wirtschaftlichen Handeln zu befähigen.

Gemeinsam müssen Schule und Jugendarbeit Kinder und Jugendliche dazu im Umgang mit Medien und in der Ausschöpfung ihrer Potentiale pädagogisch begleiten. Die damit verbundenen Bildungsziele müssen im Kontext des digitalen Wandels immer wieder kritisch überprüft werden und sich auch in einer Erweiterung des Bildungsauftrags von Schule und Jugendarbeit widerspiegeln. Die außerschulische Jugendarbeit kann und muss dabei ergänzend zur notwendigen Veränderung von Schule mit ihren eigenen Methoden und Grundsätzen, Kinder und Jugendliche zur Selbstbestimmung befähigen, zu gesellschaftlicher Teilhabe, Mitverantwortung und sozialem Engagement anregen (SGB VIII: §11).

Medienbildung als Querschnittsaufgabe

Gemeinsam verfolgen Schule und Jugendarbeit das Ziel, Kinder und Jugendliche im Kontext des digitalen Wandels gesellschaftlich handlungsfähig zu machen. Das Fundament und eine wesentliche Voraussetzung dafür bildet die Förderung einer ganzheitlichen Medienkompetenz im Sinne der Befähigung zur souveränen Lebensführung in und mit Medien.⁴ Denn zur Medienkompetenz gehört mehr als die technische Bedienbarkeit und Nutzungskompetenz von Medien. Es geht vielmehr um die

¹ siehe <https://www.medienbildung-jetzt.de>

² <https://www.kmk.org/themen/bildung-in-der-digitalen-welt/strategie-bildung-in-der-digitalen-welt.html>, siehe auch https://www.gmk-net.de/wp-content/uploads/2018/09/gmk-positionspapier_kmk-strategie_27092018.pdf

³ https://www.oecd.org/education/2030-project/contact/OECD_Lernkompass_2030.pdf

⁴ Vgl. Schorb, Bernd; Wagner, Ulrike (2013). Medienkompetenz – Befähigung zur souveränen Lebensführung in einer mediatisierten Gesellschaft. In: BMFSFJ (Hrsg.): Medienkompetenzförderung für Kinder und Jugendliche. Berlin, S. 18-23.

Befähigung zur Mitgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, das Wissen um die gesellschaftlichen Bedeutungen und Funktionen von Medien sowie Kritikfähigkeit im Kontext des digitalen Wandels und der Verarbeitung von Daten und Informationen (Nachrichten- und Informationskompetenz). Und es geht darum, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene darin unterstützt werden, Phänomenen wie Fake News, Hate Speech und Verschwörungserzählungen angemessen begegnen zu können.

Medienkompetenzförderung darf dabei nicht auf ihre Verwertbarkeit hin verkürzt werden. Aspekte der persönlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Teilhabe, die in allen Bildungsbereichen eine Rolle spielen, müssen über Effizient und zweckrationale Qualifizierung gestellt werden. Medienkompetenzförderung und Medienbildung sind als Querschnittsaufgabe aller Bildungsbereiche in die gesamte Bildungskette fest zu integrieren. Die Politik hat dabei die Aufgabe, die entsprechenden bildungs- und medienpolitischen Rahmenbedingungen zu gestalten, damit sich insbesondere die emanzipatorischen Potenziale der Medien und der Digitalisierung für Kinder und Jugendliche weiter entfalten können.

Eine dementsprechende, dem digitalen Wandel angemessene Medienkompetenzförderung muss als zentrale Schlüsselkompetenz für die Zukunft stärker als bisher in den Fokus des politischen Handelns rücken. Wir können uns hier keinen weiteren bildungs- und digital-politischen Stillstand erlauben.

Kooperative Medienbildung in Berlin

Damit der äußerst komplexe Transformationsprozess der Digitalisierung von Bildung und die notwendige flächendeckende Medienkompetenzförderung erfolgreich umgesetzt werden können, ist ein konstruktiver Austausch zwischen Politik und Verwaltung, Forschung und Lehre, pädagogischer Praxis und weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen der Medienbildung in Berlin dringend geboten.

Wir fordern daher die Weiterentwicklung des Runden Tisches Medienbildung und den stärkeren Einbezug seiner Akteur*innen in medien- und bildungspolitische Planungen sowie eine transparente Kommunikation in Bezug auf Medien- und Digitalisierungsthemen in der Berliner Bildungspolitik. Nur so können die Potentiale des Runden Tisches für eine kooperative Medienbildung genutzt werden. Schule und Jugendarbeit müssen zudem über den Ausbau der Fort- und Weiterbildungsangebote, angemessene personelle und finanzielle Ressourcen sowie den Ausbau offener wie gruppenbezogener curricular geprägter Angebote im Sinne des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes, gestärkt werden.

Die Zusammenarbeit schulischer und außerschulischer Akteure der Medienbildung muss u.a. über das Berliner Förderprogramm „Medienbildung für GUTE SCHULE“⁵ weiter ausgebaut und strukturell wie finanziell etabliert werden. Langfristig sollten zudem Theorie-Praxis-Verbünde zwischen Schulen, Hochschulen und außerschulischen Einrichtungen im Sinne der Qualitätssicherung ausgebaut werden.

Nicht zuletzt gilt es, den bezirksübergreifenden fachlichen Austausch zwischen den Einrichtungen der Medienpädagogik und Medienbildung zu stärken. Das ist ein zentrales Element der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Medienbildung in Berlin, die durch den Ausbau medienpädagogischer Forschung und wissenschaftlicher Begleitungsstrukturen nachhaltig gestützt werden müssen.

⁵ <https://ifsb.de/projektbuero-berlin/medienbildung-fuer-gute-schule/>

II. Forderungen zur Medienbildung in Berlin

Wir fordern die Weiterentwicklung und Stärkung der Aktivitäten zur Medienbildung, Medienpädagogik, Mediendidaktik und Medienkompetenzförderung im Land Berlin in sechs Bereichen:

(1) Medienbildung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte

Berliner Fort- und Weiterbildungsinstitutionen, Hochschulen und Fachschulen, die Lehrer*innen und pädagogische Fachkräfte ausbilden, stehen vor der Herausforderung und in der Verantwortung, Medienbildung, Medienkompetenz, medienpädagogische Kompetenz, sowie die Potentiale digitaler Medien für eine zeitgemäße und zukunftsweisende Bildung curricular stärker zu berücksichtigen. Das impliziert auch die sinnvolle Einbindung digitaler Lernumgebungen und Anwendungen (Tools), die Gestaltung neuer Lehr- und Lernprozesse, die Reflexion der neuen Rolle der Lehrkraft im Kontext des digitalen Wandels sowie das Arbeiten in kollaborativen und netzförmig strukturierten Teams.

Wir fordern deshalb ...

- eine umfangreiche und frühzeitige Basisqualifikation zur Medienbildung aller Lehrkräfte in der 1. und 2. Phase der Lehrerausbildung in den Studien- und Prüfungsordnungen zu verankern.
- Medienbildung, Medienkompetenz, medienpädagogische Kompetenz und Mediendidaktik in Fort- und Weiterbildungsangeboten für alle pädagogischen Fachkräfte zu integrieren.
- Fortbildungen für alle an der Schule tätigen Berufsgruppen zu öffnen und deren systemische Absicherung durch eine verpflichtende Fortbildung des pädagogischen Personals zu garantieren.
- nachhaltige Strukturen für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften außerschulischer Institutionen in Berlin zu fördern und langfristig zu sichern.
- Kollegiale Netzwerke, fächerübergreifenden Unterricht und die Arbeit in multiprofessionellen Teams in Aus-, Fort- und Weiterbildungen stärker zu fokussieren.
- Kooperationen zwischen Regionalen Fortbildungsverbünden, dem LISUM, außerschulischen Bildungspartner*innen, Universitäten und Hochschulen in Berlin zu stärken.
- die neuen Möglichkeiten des Lehrens und Lernens in einer digitalen Lernumgebung an einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Qualifizierung anzubieten.

(2) Frühkindliche Medienbildung in der Erzieher*innenausbildung

Die Konfrontation und der Umgang mit digitalen Medien, prägt die kindliche Entwicklung von Anfang an. Deshalb ist es wichtig, dass Kinder bereits in der Kita unterstützt werden, ihre Medienerlebnisse zu verarbeiten und sie an einen altersgerechten Medienumgang heranzuführen und ihre Eltern in Fragen der Medienerziehung und des Medienumgangs in der Familie zu unterstützen. Hierzu brauchen wir Kitaerzieher*innen und Eltern, die ihre Haltung zu digitalen Medien angemessenen reflektieren und in der Lage sind, medienbezogene Kompetenzen bei Kindern zu fördern.

Im Berliner Bildungsprogramm der Kitas ist bereits festgeschrieben, dass es für pädagogische Fachkräfte wichtig ist, sich im Team zu verstündigen, wie die Ausbildung von Medienkompetenz in die pädagogische Arbeit integriert wird.⁶ Dafür ist es elementar, dass auch Pädagog*innen die Medienfaszination von Kindern akzeptieren und verstehen. Eine grundsätzlich offene, aber reflektierte

⁶ siehe BBP, S.101ff. unter https://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kinder/kindertagesbetreuung/berliner_bildungsprogramm_2014.pdf

Haltung gegenüber digitalen Medien ist dabei hilfreich, um die Potenziale des kreativen Umgangs mit Medien in die eigene pädagogische Arbeit zu integrieren. Hierzu benötigen Pädagog*innen medienpädagogisches Grundwissen und mehr Informations- und Unterstützungsangebote.

Wir fordern deshalb ...

- die Förderung von Medienbildung und Medienpädagogik in Kindertagesstätten auszubauen.
- die Ausbildung von Kitaerzieher*innen im Bereich der frühkindlichen Medienbildung zu stärken.
- Kita-Erzieher*innen in ihrer medienpädagogischen Kompetenz zu stärken, um damit auch Multiplikationseffekte in der medienpädagogischen Elternarbeit zu erzielen.

(3) Medienbildung in der Schule

Mit dem „Basiscurriculum Medienbildung“ ist ausdrücklich mehr als eine optimierte Vermittlung des Unterrichts durch Medien formuliert worden. Um die umfassenden Ziele einer entsprechenden Medienkompetenzförderung als Querschnittsaufgabe auch tatsächlich in den Schulalltag zu implementieren, bedarf es konkret formulierter Ziele und Standards zur Medienbildung.

Wir fordern deshalb ...

- das Lernen im Kontext der zunehmenden Digitalisierung und das kritische Reflektieren durch eine Erweiterung des Bildungsauftrag der Berliner Schulen umzusetzen.
- Praxisbeispiele der erfolgreichen Umsetzung der Kompetenzen in der digitalen Welt aus allen Fächern regelmäßig auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg zu veröffentlichen.
- Lernplattformen sowie Videokonferenzsysteme im Berliner Schulgesetz aufzunehmen.
- das Unterstützungssystem für Schulen (BUSS) bezogen auf die schulinterne Umsetzung des Basiscurriculums Medienbildung und die fachliche Qualifizierung der schulischen Berater*innen weiter auszubauen und mit außerschulischer medienpädagogischer Expertise zu vernetzen.
- Schulen finanziell zu unterstützen, um der Forderung zu entsprechen, „für die Gestaltung schulinterner Curricula die Anregungen und Kooperationsangebote externer Partner zu nutzen“.
- das Landesprogramm „Medienbildung für GUTE SCHULE“ und den damit verbundenen Prozess zur Stärkung einer kooperativen Medienbildung weiter auszubauen und finanziell abzusichern.

(4) Digitale Grundausstattung an Berliner Schulen

Bildung in der digitalen Welt ist ohne digitale Medientechnik und verlässliche IT-Netzstrukturen nicht möglich. Im Sinne der Daseinsfürsorge müssen die notwendigen technischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung einer zeitgemäßen Bildung in der digitalen Welt sichergestellt werden. Dabei sollten Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern mit einem Berlinpass bevorzugt berücksichtigt werden. Die digitale Grundausstattung der Einzelschule sollte neben den Möglichkeiten des „Digitalpakt Schule“⁷ das Ergebnis eines dialogischen und pädagogisch begründeten Schulentwicklungsprozesses sein, in dem die spezifischen Voraussetzungen der jeweiligen Schule (z.B. Schulprofil, Medienkonzept, Ausstattung, Kompetenzen des pädagogischen Personals) berücksichtigt werden.

Wir fordern deshalb ...

- Berliner Schulen flächendeckende schulweit mit WLAN und Glasfaseranbindung zu versorgen.
- eine Schulcloud zu etablieren, die nutzerfreundlich, datenschutzkonform und zukunftsfähig

⁷ <https://digitalpakt.org/>, siehe auch <https://www.gmk-net.de/2019/04/30/stellungnahme-der-gmk-zum-digitalpakt-schule/>

verschiedene Funktionalitäten und Dienste zusammenführen kann.

- Themenportale auf dem Landesbildungsserver Berlin-Brandenburg mit Best-Practice Beispielen verschiedener Fächer und digitale Bildungsmedien einzuführen.
- festgelegte Meilensteine und Zeitpläne für ein pädagogisches Landeskonzert zur Bereitstellung und Qualitätssicherung digitaler Lehr- und Lernmaterialien verbindlich zu vereinbaren.
- Den regelmäßigen qualifizierten technischen Support und eine kontinuierliche Anpassung der technischen Ausstattung an Schulen zu gewährleisten, um Potentiale digitaler Grundausstattung pädagogisch begründet im Sinne der „Kompetenzen in der digitalen Welt“ zu gewährleisten.
- die Beschäftigung von Administratoren*innen für die Schulen bei der Senatsverwaltung und nicht bei Subunternehmern, sowie feste Verteilungskriterien für deren Einsatz festzulegen.

(5) Außerschulische (Jugend-)Medienbildung und Medienarbeit im Bezirk

Neben der Förderung von Medienkompetenz durch handlungsorientierte Medienprojekte stellen heute die fachlich-inhaltliche Unterstützung und Beratung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Einbezug der Eltern und pädagogischen Fachkräfte weitere wichtige Schwerpunkte der Arbeit der Berliner Institutionen zur Förderung von Medienkompetenz (Medienkompetenzzentren, medienpädagogische Vereine) dar. Um eine Breitenwirksamkeit und Nachhaltigkeit bei der Förderung von Medienkompetenz zu erreichen, bedarf es deutlich mehr finanzieller Mittel und Ressourcen. So steht in Berlin weiterhin keine adäquate finanzielle und personelle Ausstattung der Medienkompetenzzentren zur Verfügung.

Wir fordern deshalb ...

- den weiteren Ausbau der bezirklichen Medienkompetenzzentren über mehr und langfristigere finanzielle Ressourcen (feste Haushaltsmittel + Projektförderungen)
- die Förderung von Einrichtungen und Projekten der Medienkompetenzförderung und zur Förderung medienpädagogischer Kompetenz bei pädagogischen Fachkräften in den Bezirken
- die Aufnahme von Einrichtungen zur Förderung von Medienkompetenz ins Schulgesetz als außerschulischer Lernort entsprechend den Jugendkunstschulen.
- die Beschreibung von Medienbildung und Medienkompetenzförderung als Erziehungs- und Bildungsauftrag, bezogen auf das Berliner Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, über die Ausführungen des § 15, Satz 2 hinaus.
- Mittel für mediengestützte Kinder- und Jugendbeteiligung verstärkt in Beteiligungsprojekte vor Ort zu integrieren und entsprechende Projekte finanziell und strukturell zu fördern.

(6) Bezirksübergreifende Strukturen der Medienbildung in Berlin

Die durch den digitalen Wandel notwendigen Veränderungen in den verschiedenen pädagogischen Handlungsfeldern und der notwendige Aufbau von bezirksübergreifenden Unterstützungsstrukturen erfordern die Beteiligung und Mitbestimmung zentraler Akteure der Medienbildung in Berlin und den Ausbau medienpädagogischer Forschung und wissenschaftlicher Begleitung zur Qualitätssicherung.

Im Kontext der Schulentwicklung könnten die vom BMBF angekündigten Kompetenzzentren auf Landesebene⁸ ein Ansatz sein, Berliner Schulen und Lehrer*innen zukunftsfähiger zu machen. Im Berliner Haushalt 2020/21 sind zudem Mittel für ein DigiLab als „gesamtstädtisches Angebot zur

⁸ <https://www.bmbf.de/de/bildung-digital-3406.html>

Unterstützung der Kitas und Schulen in der Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms in den Bildungsbereichen MINT und Digitalisierung“ eingestellt worden, bei dessen Umsetzung auch der Einbezug von außerschulischen Akteuren der Medienbildung vorgesehen ist.⁹

Die berlinweite Vernetzung und die Weiterentwicklung des Runden Tisches Medienbildung Berlin sind zudem zentrale Instrumente zur Qualitätssicherung. Konzeptionell festgelegte Meilensteine und abgestimmte Zeitpläne im Veränderungsprozess müssen kritisch begleitet, aktuelle technische Entwicklungen und Veränderungen gemeinsam eingeschätzt werden. Der Runde Tisch Medienbildung bildet dafür theoretisch eine geeignete Grundlage.

Wir fordern deshalb ...

- den Runden Tisch Medienbildung in enger Absprache mit den bisher beteiligten Akteur*innen weiter auszubauen und finanziell wie organisatorisch langfristig zu sichern:
 - Etablierung einer festen Struktur: regelmäßige (viertel- bis halbjährliche) Sitzungen, eine festgelegte Sitzungsleitung, ein gewähltes Vorbereitungsgremium und Mitbestimmung.
 - Erweiterung um qualifizierte Akteure der Medienbildung (z.B. Vertreter*innen der Gewerkschaften ver.di und GEW und Vertreter*innen von Berliner Hochschulen).
 - Einbezug aller medienbildungsrelevanten Akteure zur Entwicklung eines ganzheitlichen Landeskonzepts zur Medienbildung in Berlin.
- ein Monitoring zur Umsetzung der Maßnahmenbündel und regelmäßigen Berichterstattung über die Fortschritte bei der Umsetzung eines Landeskonzepts in Auftrag zu geben und zu finanzieren.
- Im Rahmen eines Landeskonzepts zur Medienbildung eine jährliche Fachtagung auszurichten.
- die bezirksübergreifende Vernetzung über Fachtagungen, Praxistage und Werkstätten sowie die Bereitstellung von Mitteln für vernetzte berlinweite Kooperationsprojekte zu fördern.
- die Organisation und Koordination eines regelmäßigen Fachaustausches zur Kooperation von Schulen und außerschulischer medienpädagogischer Expertise und die Unterstützung von AGs zum Thema Medienbildung nach §78 in allen Bezirken zu finanzieren.
- medienpädagogische Forschung im Kontext Digitaler Bildung und Medienbildung an Berliner Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen besonders zu fördern.

GMK-Landesgruppe Berlin-Brandenburg, Berlin im August 2021

⁹ (https://www.parlament-berlin.de/adoservice/18/Haupt/vorgang/h18-1900-v_Band10_Epl_10.pdf, S. 71, <https://www.parlament-berlin.de/adoservice/18/Haupt/vorgang/h18-2320-v.pdf>, S. 4f.).